

Landkreis Vorpommern-Rügen

3. Wahlperiode

Anfrage

Einreicher:
Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler

Vorlagen Nr.:
A/4/2022

Status: öffentlich

Gremium:	Zuständigkeit:	Sitzungstermin:
Kreistag Vorpommern-Rügen		

Anfrage zur Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht für Beschäftigte in Krankenhäusern, Arztpraxen, Behinderten – und Pflegeeinrichtungen

Mit Wirkung vom 15. März 2022 besteht für die Landkreise die gesetzliche Verpflichtung zur Umsetzung einer Impfpflicht für Beschäftigte in Krankenhäusern, Arztpraxen Behinderten – und Pflegeeinrichtungen. Viele Landkreise und auch der Landkreistag haben nunmehr angezeigt, dass für die Durchsetzung dieser gesetzlichen Verpflichtung die personellen Voraussetzungen fehlen. Bereits heute arbeiten die Gesundheitsämter am Limit.

Für die Fraktion BVR/FW ergeben sich in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Wie stellt sich die Situation im Gesundheitsamt des Landkreises Vorpommern-Rügen hinsichtlich der personellen Situation dar?
Ist es möglich, die Impfpflicht mit dem vorhandenen Personal umzusetzen und ist es trotz der Umsetzung dieser gesetzlichen Verpflichtung möglich ein ordnungsgemäßes Verwaltungshandeln in allen Bereichen ohne Einschränkungen zu garantieren?
2. Wurde durch den Landrat ein Ersuchen an die Landesregierung bzw. die Bundesregierung zur finanziellen und personellen Unterstützung bei der Umsetzung der Impfpflicht gerichtet und wenn ja mit welcher Unterstützung darf gerechnet werden? Greift in diesem Fall das Konnexitätsprinzip?
3. Wie hoch ist nach Einschätzung der Kreisverwaltung der Anteil der Ungeimpften in den in Rede stehenden Einrichtungen? Was wurde in der Vergangenheit durch die Landesregierung und den Landkreis konkret unternommen um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von der Notwendigkeit

einer Impfung zu überzeugen?

Ist es möglich, dass es im Falle einer Durchsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht zur Schließung von Einrichtungen und zu Einschränkungen in der Pflege bzw. der medizinischen Versorgung der Einwohnerinnen und Einwohner in unserem Landkreis kommt und wie soll dem entgegengewirkt werden?

Begründung:

Die Mitglieder der Fraktion BVR/ FW sind der Auffassung, dass die Umsetzung der gesetzlichen Impfpflicht für Beschäftigte in Arztpraxen, Krankenhäusern, Behinderten- und Pflegeeinrichtungen keinesfalls zu Einschränkungen in den sonstigen Verwaltungsabläufen in der Kreisverwaltung führen dürfen.

Eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung oder der Pflege für die Menschen in unserem Landkreis wäre für uns gleichfalls nicht zu akzeptieren.

Darüber hinaus erachten wir es als zwingend notwendig, dass die mit der Umsetzung des Gesetzes verbundenen Mehrkosten durch die Bundes- bzw. Landesregierung übernommen werden.

Hierzu erwarten wir eine verbindliche Erklärung.

Zur Klärung dieser aus unserer Sicht noch offenen Probleme bitten wir um Beantwortung unserer Anfragen.

gez. Mathias Löttge

Fraktionsvorsitzender der Fraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler